

Sonnabend,  
25. Juli 1914.

Das Posener Tageblatt  
erscheint  
an allen Werktagen  
zwei Mal.  
Der Bezugspreis beträgt  
vierjährlich  
in den Geschäftsstellen 3,00,  
in den Ausgabestellen 3,25,  
frei ins Haus 3,50,  
bei allen Postanstalten des  
Deutschen Reiches 3,50 M.

Herauspr. Nr. 4246, 3110, 3249 n. 2273.

Mittag-Ausgabe.

Nr. 344.  
53. Jahrgang.

# Posener Tageblatt

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von G. Girschel.

Anzeigenpreis  
für eine kleine Zeile im  
Anzeigenteil 25 Pf.,  
Reklamenteil 80 Pf.  
Stellengehäuse 15 Pf.  
Anzeigen nehmen an  
die Geschäftssteller,  
Tiergartenstr. 6  
St. Martinstr. 62  
und alle  
Announcebureaus.  
Telegr.: Tageblatt Posen.

Auswendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbetet; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Undemokratische Einsendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

## Der Kaiser.

Am Freitag vor dem Frühstück unternahm der Kaiser mit einigen Herren des Gefolges einen längeren Spaziergang an Land bei Palestrand und wohnte mittags dem Wassersportfest der Mannschaften der „Hohenzollern“ und Begleitschiffe bei. Mittags traf aus Berlin der Kurier mit Despatchen ein. Nachmittags ging der Kaiser mit dem Gefolge an Bord des „Sleipner“, um einen „Lusslug“ nach Vit zu machen, wo die angeblich aus dem 12. Jahrhundert stammende Holzkirche eingehend besichtigt wurde.

## Misserfolg der Homerulekonferenz.

Keine Einigung.

Im Unterhause teilte am Freitag Premierminister Asquith mit, die Homerule-Konferenz habe die Möglichkeit erwogen, ein Gebiet abzugrenzen, das von den Bestimmungen der Homerule-Bill ausgeschlossen werden sollte, sei aber nicht imstande gewesen, im Prinzip oder in den Einzelheiten hierüber eine Einigung zu erzielen und habe ihre Beratungen geschlossen. Der Sprecher als Vorsitzender habe dem König hierüber Meldung erstattet.

Asquith fügte hinzu, die zweite Lesung der Ergänzungsbill werde am 28. Juli stattfinden. Das Haus vertagte sich hierauf in großer Erregung.

## Albanien.

Fürst Wilhelm begibt sich nach Valona.

Fürst Wilhelm wird sich nach Valona begeben, um sich über die dortige Lage zu unterrichten.

Die epirische Regierung hat die mohammedanische Bevölkerung der Orte Delbino und Agirokastro von der Möglichkeit in Kenntnis gesetzt, daß beide Orte durch epirische Banden zerstört werden. Die internationale Kontrollkommission hatte tegraphisch bei Zographos wegen der durch Epironen verübten Gewalttaten protestiert. Zographos antwortete teraphisch, indem er aggressive Absichten der Epironen auf Valona sowie die Behauptung, daß griechische Truppen auf Seiten der Epironen kämpften, in Abrede stellte. Gleichzeitig beschuldigte er die albanischen Truppen, Grausamkeiten begangen zu haben. Die Kontrollkommission antwortete in einem scharf gehaltenen Telegramm, in dem sie die Verdächtigung gegen die albanischen Truppen widerlegte.

## Die Ausstandsbewegung in Russland

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur beginnt die Streitbewegung in Russland abzulaufen. Die Mehrzahl der Fabriken, Druckereien und kleinen Betriebe in Petersburg arbeiten aber auch heute nicht. Einige Fabriken sind auf Anordnung ihrer Verwaltung geschlossen worden. Der Straßenbahnenverkehr ist wieder aufgenommen worden, mit Ausnahme der Vorstadtbahnen. Die Arbeiter verhalten sich ruhig.

In Riga haben die Fabrik- und Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Im Vororte Staraja Derewna bei Petersburg siedelten berittene Schuhleute aus Streikenden, die mit Steinen geworfen und Schüsse abfeuerten; mehrere Arbeiter wurden verwundet. Im Schlüsselburg Stadtteil richteten Arbeiter in zwei Gastwirtschaften Verbüstungen an. Mehrere Arbeiter wurden dabei verwundet und einige verhaftet. In der Nacht auf Freitag fand außerhalb der Stadt eine Arbeiterversammlung statt, an der 8000 bis 10000 Arbeiter teilnahmen.

Die Zahl der in 50 Warschauer Fabriken auständigen Arbeiter beträgt 15 000.

Der vom Zaren nach Baku abkommandierte Generalmajor Iwanowski ist dort eingetroffen. Er ließ sofort in Tausenden von Exemplaren in der Stadt und im Gouvernement Baku eine gedruckte Rundmachung verbreiten, in der betont wird, daß er durch weitgehende Vollmachten zu strengsten Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe ermächtigt sei. Nachdem er den Oberbefehl über die örtlichen Truppen und die Oberleitung über die örtliche Zivilverwaltung übernommen habe, forderte er die Bevölkerung auf, ihn bei seiner Aufgabe zu unterstützen. Die Rundmachung drückt die Überzeugung aus, daß der Erfolg seiner Aufgabe weniger von der Strenge als von der Achtung vor dem Gesetz abhänge und von der Besonnenheit der Streikenden. Die Zahl der Streikenden beträgt 22 000.

## Der Caillauxprozeß.

Nach langer Unterbrechung der Verhandlung erklärte Labori, der die Briefe aufbewahrt hatte, daß er sie nicht lesen werde, aber vorbrachte, sie Frau Gueydan zurückzugeben. Diese weigerte sich, sie zurückzunehmen. Nach einem lebhaften Wortwechsel erklärte sie, daß Labori über die Briefe im Einverständnis mit Chenu verfügen könne. Labori beprach sich sodann mit Herrn und Frau Caillaux. Mit ihrer Zustimmung beschloß man schließlich, daß die Briefe vorläufig Labori und Chenu anvertraut werden würden. Damit war der Zwischenfall erledigt, worauf mit der Zeugenvernehmung fortgesfahren wurde.

Der Vorsitzende erklärte, daß die Vernehmung der Ärzte auf morgen verschoben werde. Da die Verhandlungen nicht bis Sonnabend abzu Ende geführt werden könnten, so würden sie auf Montag verschoben werden.

Doktor Calmette, der Direktor des Pasteurinstituts in Lille, sagte aus, daß er am Abend des Dramas im Portefeuille Bruders zwei Papier vorgefunden habe, die das darstellen, was man in der Folge als Grünes Dokument bezeichnet hätte. In Anbetracht ihrer Wichtigkeit habe er sie am 21. März dem Präsidenten Poincaré eingehändigbt, der ihm lebhaft dafür gedankt hätte, doch er sie nicht benötigt habe.

Die Verhandlung wurde um 5 Uhr aufgehoben.

## Oesterreich und Serbien.

Russland will eingreifen. — Erster Eindruck in Serbien. — Allgemeine Zustimmung in Oesterreich. — Abberufung des österreichischen Gesandten in Belgrad nach Ablauf des unerfüllten Ultimatums.

Was wohl allgemein erwartet wurde, ist eingetroffen: Russland will nicht bloßer Zuschauer spielen, sondern erklärt öffentlich amtlich, vermittelnd oder — auch anders eingreifen zu wollen. Der Draht meldet uns:

Von Donau, 25. Juli. Das Petersburger Bureau meldet aus Petersburg: Der gestrige Ministerrat dauerte fast 4 Stunden; man versichert, Russland werde unmittelbar intervenieren, und von Oesterreich Verlängerung der Frist für die Beantwortung des Ultimatums verlangen, um der europäischen Diplomatie Zeit zu geben, ihren Einfluss auszuüben.

Gleichzeitig kommt aus Petersburg folgende amtliche Nachricht:

Petersburg, 24. Juli. Das amtliche Organ veröffentlicht ein Communiqué, in dem es heißt: Die Kaiserliche Regierung, lebhaft besorgt durch die überraschenden Ereignisse und durch das an Serbien durch Oesterreich-Ungarn gerichtete Ultimatum, verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konfliktes, in welchem Russland nicht indifferent bleiben kann.

Da aber Oesterreich bekanntlich ausdrücklich erklärt hat, sich auf irgend welche Verhandlungen oder Vermittelungen nicht mehr einzulassen zu wollen, wird Russland in Wien wohl einen Korb bekommen. Was dann daraus wird, läßt sich zunächst kaum mit irgend welcher Wahrscheinlichkeit sagen.

### Der Widerhall in Oesterreich.

Die feste Entschlossenheit, welche die österreichisch-ungarische Regierung bei ihrem Schritt bekundet, wird, wie aus den Berichten der Wiener Abendblätter hervorgeht, hier und in der ganzen Monarchie mit größter Befriedigung und einmütiger Zustimmung aufgenommen. Die aus der Provinz einlaufenden Melbungen stellen übereinstimmend fest, daß der gestrige Schritt allenfalls als Erlösung aus der geradezu lärmenden Stimmlaune, welche sich seit dem Serajevo Attentat der Bevölkerung bemächtigt hatte, gewirkt hat.

Die Zeit sieht als wichtigste Vorfrage die Haltung Russlands, der Entente-Mächte an. Entschließe sich Russland, die Demarche nur als eine die österreichisch-ungarische Monarchie und Serbien berührende Angelegenheit zu behandeln, dann dürften kritische und ernste Komplikationen kaum zu erwarten sein. Ganz unabsehbare Konsequenzen würden sich aber ergeben, wenn Russland an der Angelegenheit ein für die Aktion der Monarchie nicht freundliches Interesse nehmen sollte.

Die Reichspost bemerkte: Auf eine Fristverlängerung hat Serbien nicht zu rechnen, denn das Begehr Österreich-Ungarns ist zu selbstverständlich, als daß darüber noch lange debattiert werden könnte. Jeder Versuch zur Verzögerung muß man als einen manövrenden Willen auffassen. Da die Befestigung weiterer Stellungen und vorlebender Einwirkungen auf unsere Grenzgebiete nur die Monarchie angeht, so kommt eine Vermittelungsaktion anderer Mächte gar nicht mehr in Betracht.

Nur das Wiener sozialdemokratische Blatt, die Arbeiterzeitung nimmt scharf zu dieser Note Stellung. Sie erklärt, daß kein Bewohner des ganzen Reiches fähig gewesen wäre, alles das auszudenken, was Graf Berchtold von Serbien zu fordern für gut und nötig gehalten habe. Glauben die Verantwortlichen, daß Serbien diese Forderungen annehmen könne? Erwarten sie wirklich, daß Serbien sie erfüllen wird?

Wenn sie dieser Meinung nicht sind, haben sie die Forderungen absichtlich so gestellt, daß sie von Serbien nicht angenommen werden können. In jedem Punkte der Note sind Forderungen enthalten, die nach Blut aussiehen und so etwas wird in Wien nicht konfisziert.

Das Deutsche Volksblatt sagt es ist jetzt Bismarck'scher Geist, der in den Forderungen Österreich-Ungarns in Serbien stecke.

Die Prager tschechischen Blätter, an der Spitze der sozialdemokratischen "Pravo Lido", nehmen in der heftigsten Weise gegen den Inhalt der Note Stellung. Das Blatt bedauert, daß das Parlament nicht beisammen ist, und äußert sich im übrigen ähnlich wie die Wiener Arbeiter-Zeitung. Der staatsrechtliche "Samostatnost" schreibt: "Infolge der außerordentlichen Verschärfung der Preszensur sind wir gezwungen, nur das geringste des Materials an Nachrichten unseren Lefern vorzulegen. Der Tsas meint, das Ultimatum bedeute nicht den Krieg, sondern nur eine Auseinandersetzung der Macht, die sich auf die Kraft der Waffen stütze."

"Der Kriegslärm in Wien", so betitelt das tschechische Hauptorgan, der "Narodny Listy", seinen Leitartikel allerdings vom 22. aus dem aber hervorzuheben scheint, daß Verfasser über die Schritte der österreichischen Regierung schon damals vollständig unterrichtet war. Es schreibt: "Wir protestieren dagegen, daß unter Bedrohung von Serbien gefordert werde, daß Serbien den Fehler der österreichischen Politik gutmache. Es ist die höchste Leichtfertigkeit, wenn man glaubt, daß das serbisch-österreichische Problem durch das Verbot der serbi-

schen Vereine gelöst werden kann. Die serbische Frage ist keine Frage zwischen Wien und Belgrad, sondern eine europäische Frage."

### Graf Berchtold in Ischl.

Wien, 24. Juli. Die "Neue Freie Presse" meldet aus Bad Ischl: Graf Berchtold wird morgen 6 Uhr hier eintreffen, um die Antwort der serbischen Regierung auf die gestern überreichte Note abzuwarten. Der Minister will dem Kaiser keinen telegraphisch übermittelten Bericht vorlegen lassen, sondern sofort nach Eintreffen der Note aus Belgrad dem Kaiser mündlich Vortrag erstatte.

### Graf Tisza über die Note.

Bei Beginn der Freitag-Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses sagte der Ministerpräsident, Graf Tisza:

Der Schritt Österreich-Ungarns bedarf keiner Rechtfertigung. Es müßte vielmehr erklärt werden, warum der Schritt erst jetzt erfolge. Wir wollten abwarten, bis die Untersuchung in Serajewo über gewisse Umstände vollständige Klarheit schafft; auch wollten wir den Anschein vermeiden, als ob Leidenschaft oder berechtigte Entrüstung uns geleitet haben. Der Schritt ist vielmehr nach reiflicher Überlegung unternommen worden. Der Schritt ist keineswegs aggressiv, noch bedeutet er eine Provokation, da wir in der Note nichts anderes fordern, als was Serbien aus natürlicher Nachbarlicher Pflicht gewähren muß. Niemand kann uns vorwerfen, daß wir Krieg suchen.

Wir sind vielmehr bis zur äußersten Grenze der Geduld gegangen.

(Lebhafte Zustimmung.) In der Überzeugung, daß der Schritt durch die Lebensinteressen der Monarchie und der ungarischen Nation gefordert wurde, werden wir die gesamten Konsequenzen tragen. Allgemeiner fürmisches Beifall, die Mitglieder der Regierungspartei erhoben sich von ihren Sitzen und brachten dem Ministerpräsidenten Ovationen dar.

Darauf ergriff Graf Andrássy namens sämtlicher Fraktionen der Opposition das Wort und erklärte, daß die Beziehungen zu Serbien unhalbar geworden seien. In dem Maße, als Serbien Erfolg und eine territoriale Vergroßerung errungen habe, sei der Krieg gegen die Monarchie gewachsen. Andrássy behielt sich eine Kritik der unswärtigen Politik vor, erklärte jedoch, daß in diesem Augenblick die Opposition trotz ihres prinzipiellen Gegenseites zur Regierung ihre patriotische Pflicht voll und ganz erfüllen werde; er hoffe, daß dies Beispiel für jeden Ungarn maßgebend sein werde. Zum Schluß erklärte Andrássy das Haus, sich zu vertagen. Nach der Pause, die der Präsident daraufhin anordnete, erklärte der Präsident, daß falls die auf der Tagesordnung stehende Gesetzesvorlage heute erledigt würde, er keine neuen Gegenstände auf die Tagesordnung stellen würde.

### Der österreichische Gesandte in Belgrad.

Die A. A. Gesandte in Belgrad Freiherr von Giesl hat den Auftrag, falls die Königlich-serbische Regierung bis Sonnabend abend um 6 Uhr die vorbehaltlose Annahme der in der Note vom 23. angeführten Forderungen nicht notifiziert haben sollte, mit dem Personal der Gesandtschaft Serbien zu verlassen.

### Der erste Eindruck in Belgrad.

Das serbische Regierungsorgan "Samouprava" veröffentlicht folgendes Communiqué: Der hiesige österreichisch-ungarische Gesandte Freiherr von Giesl überreichte gestern abend um 6 Uhr dem Vertreter des Ministers des Neueren, dem Finanzminister Dr. Patach, die Note seiner Regierung anlässlich der Ereignisse am Vidovdan. Durch die Note, welche sehr schwere Bedingungen enthält, wird eine ganz kurze Frist für die Antwort belassen. Die Lage kann als sehr ernst und kritisch beurteilt werden.

### Pariser Reporterphantasie.

Das Pariser Blatt "Patrie" veröffentlicht eine angebliche Unterredung mit dem serbischen Gesandten in Paris, Vesnić, in dem der Ansicht Ausdruck gegeben wird, daß die österreichisch-ungarischen Forderungen völlig unannehmbar seien. Der Gesandte erklärt, daß er die Veröffentlichung vollkommen fernstehe und fügt hinzu, er habe mit keinem Journalisten eine Verteilung gehabt.

### Dringlicher serbischer Ministerrat.

Am Freitag vormittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Paschitsch ein dringlich einberufener Ministerrat statt, in welchem über die durch die österreichisch-ungarische Note geschaffene Situation beraten wurde.

Belgrad, 25. Juli. (Private Telegramm.) Der Ministerrat, der sich mit der Beantwortung der Note beschäftigte, tagte bis in den späten Abend. Der Ministerpräsident Paschitsch mußte verschiedentlich die Sitzung unterbrechen, um mit den fremden Diplomaten zu verhandeln, die in unausgesetzter Folge im Ministerium sprachen.





